

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen einer Anschubförderung in der Förderphase 2023 / 2024

gem. Ziffer 2.1 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Selbstorganisationen
von Migrantinnen und Migranten (MSO-Richtlinie) vom XX.XX.XXXX

Antragsteller / Antragstellerin

1	Name / Bezeichnung des Vereins oder der Untergliederung des Vereins			
2	Straße/Nr.			
3	PLZ			
4	Ort			
5	IBAN			
6	BIC			
7	Kreditinstitut			
8	Die MSO ist Mitglied in einem Dachverband der Freien Wohlfahrtspflege	ja ☐	nein ☐	falls ja, bitte angeben:
9	Bitte geben Sie die hauptsächlichen Herkunftsländer Ihrer Vereinsmitglieder an: (bis zu drei Angaben)			
	Bitte geben Sie weitere Herkunftsländer Ihrer Vereinsmitglieder an:			
10	Eine Landesförderung im Rahmen der MSO-Richtlinie in einer der vergangenen Förderphasen ist erfolgt.	ja ☐	nein ☐	falls ja, bitte Geschäftszeichen angeben:
11	Die MSO erhält derzeit weitere Förderungen des Landes Nordrhein-Westfalen			ja ☐
	falls ja, welche? z.B. Förderungen im Rahmen der Programme "Zivilgesellschaftliches Engagement muslimischer und alevitischer Communities in NRW", „KOMM-AN NRW“, "Integrationsagenturen" oder "Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben"			nein ☐
Gesetzliche Vertretung laut Satzung				
12	Anrede			
13	Titel			
14	Vorname			
15	Nachname			
16	Funktion			
17	Straße/Nr.			
18	PLZ			

19	Ort			
20	Telefon			
21	E-Mail			
22	Fax			
Ansprechperson für das Projekt				
23	Anrede			
24	Titel			
25	Vorname			
26	Nachname			
27	Funktion			
28	Straße/Nr.			
29	PLZ			
30	Ort			
31	Telefon			
32	E-Mail			
33	Fax			
Zuwendungsvoraussetzungen				
34	Die Antragstellerin / der Antragsteller vertritt eine MSO, bei der mindestens die Hälfte der Mitglieder, der Vorstandsmitglieder oder der aktiv Verantwortlichen Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind.	ja ☐	nein ☐	
35	Die MSO wurde <u>innerhalb der letzten fünf Jahre</u> in das Vereinsregister eingetragen. Der vollständige Vereinsregisterauszug ist angefügt bzw. wird noch eingereicht.	ja ☐	nein ☐	
36	Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt. Der aktuelle Freistellungsbescheid des Finanzamtes ist angefügt bzw. wird noch eingereicht.	ja ☐	nein ☐	
37	Der Verein bzw. die regionale Untergliederung eines eingetragenen Vereins ist in NRW ansässig.	ja ☐	nein ☐	falls die MSO eine regionale Untergliederung ist, bitte erläutern:
Maßnahme				
38	Name des Projektes			
39	Kurzbeschreibung (max. 600 Zeichen) unter Berücksichtigung wesentlicher Ziele, Zielgruppen und Schwerpunkte			
40	Durchführungszeitraum von (frühestens ab 01.01.2023)			
41	Durchführungszeitraum bis (maximal bis 31.12.2024)			

42	Durchführungsort	
43	Angabe der Zielgruppen: Wen wollen Sie mit Ihrer Maßnahme erreichen? (Maximal 3 Angaben)	
44	Angaben zu Kooperationspartnern: Arbeiten Sie mit jemandem zusammen? Mit wem (z.B. andere MSO, freie Wohlfahrtspflege, Kommunen, Synagogen- / Moschee- / Kirchengemeinden)?	
45	Detaillierte Darstellung der beantragten Maßnahme: Gehen Sie hier konkret auf den Inhalt, Verlauf und Methode für die beantragten Teilbereiche ein. Wo liegt der Bedarf Ihres Vereins in den genannten Bereichen? Wo benötigt Ihr Verein Unterstützung, um die Handlungsfähigkeit zu verbessern? Wie viele Vereinsmitglieder sollen auf welche Art qualifiziert werden? Wie sollen Maßnahmen der Begegnung und des Austausches verlaufen? (maximal 6.000 Zeichen, ca. 3 DIN A4 Seiten - Fortsetzung ggf. als Anlage)	

46

[illegible]

Finanzierungsplan

		2023	2024
48	a. Gesamtausgaben der Fördermaßnahme	0,00 €	0,00 €
49	b. davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (gem. Zusammenstellung unter 46 und 47 des Antrages)	0,00 €	0,00 €
50	c. abzgl. Leistungen Dritter , z. B. zweckgebundene Einnahmen / Spenden (ohne öffentliche Förderung)		
51	d. zuwendungsfähige Gesamtausgaben (b abzgl. c)	0,00 €	0,00 €
52	e. beantragte Förderung (max. 6.000,00 € pro Haushaltsjahr) (mind. 2.000 € gesamt)		
53	f. weitere bewilligte / beantragte (öffentliche) Förderung für dieses Projekt z.B. EU, Bund, Land, Kommune oder Stiftung (ohne e) falls ja, bitte angeben:		

54 Erklärungen

Der/die Antragstellende erklärt, dass:

- ☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten
- ☐ die Maßnahme ohne eine Förderung des Landes nicht oder nicht in diesem Umfang durchgeführt werden kann
er/sie zum Vorsteuerabzug:
 - ☐ nicht berechtigt ist
 - ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung berücksichtigt hat.
- ☐ die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- ☐ Ich habe die allgemeinen Datenschutzhinweise der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis genommen. Diese Informationen können unter der folgenden Internetadresse abgerufen werden:
<https://www.bra.nrw.de/bezirksregierung/datenschutz-der-bezirksregierung-arnsberg>

Hinweis zu § 264 StGB:

Mir ist bekannt, dass

- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen/Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich 1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind, 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende, 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

☐ Ich habe die Hinweise zu § 264 StGB zur Kenntnis genommen.

55 Anlagen (fettgedruckte müssen in jedem Falle vorgelegt werden)

☐	Satzung
☐	vollständiger Vereinsregisterauszug
☐	Einzelaufstellung der geplanten Ausgaben (wenn unter Ziffer 46/47 nicht detailliert aufgeführt)
☐	Freistellungsbescheid des Finanzamtes bezüglich der Gemeinnützigkeit
☐	Erklärungen zum Antrag (gem. Nr. 4.1 der Förderrichtlinie)
☐	Sonstiges (ggf. individuell angeben)

56 Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en)
gem. Vertretungsbefugnis laut Vereinsregister

Name(n) in Druckbuchstaben